



II—1856 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

DER BUNDESKANZLER

Zl. 143.110/3-I/4/77

Wien, am 25. Jänner 1977

851/AB

1977 -01- 31

An den

Präsidenten
des Nationalrates
Anton BENYA,

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Ing. Dr. LEITNER und Genossen haben am 29. November 1976 unter der Nr. 810/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1. Warum haben Sie das Gesprächsangebot der Landeshauptleutekonferenz vom Oktober 1975 bisher nicht aufgegriffen und keine Verhandlungen mit ihnen über die Begrenzung des Schwefelgehaltes fester und flüssiger Brennstoffe geführt?
2. Halten Sie den Vereinbarungsentwurf der Landeshauptleutekonferenz für zweckmäßig und zielführend?
3. Wann beabsichtigen Sie das Schreiben der Bundesländer zu beantworten und Verhandlungen zur Begrenzung des Schwefelgehaltes fester und flüssiger Brennstoffe aufzunehmen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Einleitend möchte ich bemerken, daß diese Anfrage Sachgebiete betrifft, die in den Wirkungsbereich der Bundesministerien für Gesundheit und Umweltschutz und für

- 2 -

Handel, Gewerbe und Industrie fallen. Meine Beantwortung kann daher nur aus der Sicht der Koordinationskompetenz des Bundeskanzleramtes erfolgen.

Zu Frage 1 :

Es trifft nicht zu, daß das Gesprächsangebot der Landeshauptleutekonferenz vom Oktober 1975 bisher (Datum der Anfrage 29. November 1976) nicht aufgegriffen und keine Verhandlungen mit den Ländern über die Begrenzung des Schwefelgehaltes fester und flüssiger Brennstoffe geführt wurden. Vielmehr haben sich die Vertreter aller Bundesministerien im Rahmen der Sitzung des interministeriellen Komitees für Umweltschutz am 6. Oktober 1976 ausdrücklich bereit erklärt, über diesen Gegenstand auf Grundlage des von der Verbindungsstelle der Bundesländer erstellten Vereinbarungsentwurfes und mit dem Ziel, daß eine solche Vereinbarung zustandekommt, zu verhandeln. Zu diesem Zweck hat das interministerielle Komitee für Umweltschutz einen Unterausschuß gebildet, in dem die Vertreter der Bundesministerien mit Vertretern der Länder entsprechende Verhandlungen führen sollten. Dieser Unterausschuß ist seither bereits zweimal, und zwar am 8. November 1976 und am 12. Jänner 1977 zusammengetreten. Grundlage für die erste dieser Besprechungen bildete der in der Anfrage erwähnte Entwurf der Verbindungsstelle der Bundesländer. Grundlage für die zweite der vorgenannten Besprechungen bildete ein von der Verbindungsstelle der Bundesländer im Lichte der Ergebnisse der ersten Unterausschußsitzung überarbeiteter Vereinbarungsentwurf. Wie sich aus dem Protokoll über die erste Sitzung des Unterausschusses ergibt, befürworteten grundsätzlich alle Anwesenden das Zustandekommen einer Vereinbarung nach Art. 15a B-VG mit dem hier in Rede stehenden Inhalt und erklärten sich zur Mitwirkung an der Ausarbeitung eines entsprechenden Entwurfes, der den Anforderungen des Bundes und der Länder Rechnung trägt, bereit.

- 3 -

In der zweiten Sitzung des mehrfach erwähnten Unterausschusses wurde überdies die Bildung eines Redaktionskomitees vereinbart, das sich aus den Vertretern der Bundesländer Kärnten, Steiermark, Salzburg und Wien sowie eines Vertreters der Verbindungsstelle der Bundesländer und je einem Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie und des Bundeskanzleramtes - Verfassungsdienst zusammensetzt. Dieses Redaktionskomitee ist am 24. Jänner 1977 zu einer ersten Besprechung zusammengetreten und hat auf Grundlage des von der Verbindungsstelle der Bundesländer überarbeiteten Vereinbarungsentwurfes und im Lichte der Ergebnisse der zweiten Sitzung des Unterausschusses des interministeriellen Komitees über Formulierungen beraten.

Aus all dem erhellt, daß auf Expertenebene schon sehr eingehende Verhandlungen über den in der Anfrage erwähnten Vereinbarungsentwurf geführt wurden und diese Verhandlungen einen sehr erfolgversprechenden Verlauf nehmen.

Zu Frage 2 :

Wie sich aus der Beantwortung der Frage 1 ergibt, werden die Verhandlungen über eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern für die Begrenzung des Schwefelgehaltes fester und flüssiger Brennstoffe auf Grundlage des von der Verbindungsstelle der Bundesländer im Auftrag der Landeshauptmännerkonferenz erstellten Vereinbarungsentwurfes geführt. Allein daraus ergibt sich, daß dieser Vereinbarungsentwurf auch von Bundesseite für durchaus zweckmäßig und zielführend erachtet wird.

- 4 -

Zu Frage 3 :

Wie sich ebenfalls aus der Beantwortung der Frage 1 ergibt, werden derzeit intensive Verhandlungen zwischen Vertretern des Bundes und der Länder über eine derartige Vereinbarung geführt. Es läßt sich noch nicht absehen, wann diese Verhandlungen abgeschlossen werden können, jedenfalls ist aber festzustellen, daß sie einen sehr erfolgversprechenden Verlauf nehmen.